

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Blick in die Weltpresse: The Guardian - Was nach Hitler kam; International Herald Tribune - Ein Problem, das gar nicht existiert

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1974) : Blick in die Weltpresse: The Guardian - Was nach Hitler kam; International Herald Tribune - Ein Problem, das gar nicht existiert, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 6, pp. 321-322

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134697>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

BLICK IN DIE WELTPRESSE

Kommentare zu Themen, die in den vergangenen Wochen in der Weltpresse einen breiten Raum einnahmen.

The Guardian

Was nach Hitler kam

Manchester, 23. 5. 1974: Vor 25 Jahren konstituierte sich die Bundesrepublik Deutschland in Bonn und begann ohne Zögern, den Klauen der militärischen Niederlage den wirtschaftlichen Sieg zu entreißen. Jedermann kann heute das Ausmaß des deutschen Erfolges ermessen und ihm Beifall zollen.

Wenn auch die westlichen Alliierten die Vorbedingungen für diesen Wiederaufbau schufen, so waren es doch die Deutschen, die die Arbeit leisteten. Es waren die Deutschen, die sich ihr eigenes System einer föderalen Demokratie schmiedeten. Und es waren auch die Deutschen, die die schrecklichen sozialen und wirtschaftlichen Probleme in Angriff nahmen und lösten, die damals ihre Nation bedrängten.

Heute ist die Behauptung gang und gäbe, daß die westdeutschen Probleme hauptsächlich ökonomischer Art waren und daß alles, was die Deutschen seit 1949 leisteten, industrielle Wunder und der Aufbau einer Gesellschaft reicher Konsumenten war. Tatsächlich aber vollbrachten sie auch andere Dinge, die zum Teil schwieriger waren. Für die zahllosen deutschen Kriegerwitwen wurde gesorgt, die Flüchtlinge aus dem Osten wurden nicht ohne Schwierigkeiten von der westdeutschen Gesellschaft absorbiert, und diese Gesellschaft selber wandelte sich, wenn auch langsam, im Laufe der Zeit.

Im Mai 1952 wurde Westdeutschland Mitglied der NATO und konnte nun seine eigene Außenpolitik entwickeln, die immer von dem Bewußtsein beeinflußt wurde, was das Deutschland Hitlers der Welt angetan hatte. Die Bonner Außenpolitik war seither bewußt defensiv, wurde aber später — unter Willy Brandt — mutig so geplant, daß sich die zentraleuropäische Situation entspannte. Adenauer setzte sich stark für die EWG ein und schuf mit de Gaulle die besonderen politischen Bindungen mit Frankreich, die für Westdeutschland von zentraler Bedeutung bleiben. Daneben bestehen weitere besondere Beziehungen. Als Buße für Hitlers

Taten hat Westdeutschland Israel immer mit besonderer Achtung behandelt. Teils aus echter Neigung, teils in Anerkennung amerikanischer Unterstützung — von der Berliner Luftbrücke bis zur Marshallplan-Hilfe — hat Westdeutschland immer gute Beziehungen zu den USA unterhalten. Und nun, als Ergebnis von Herrn Brandts Initiative — die ihn daheim einiges Wohlwollen gekostet hat — sind Westdeutschlands Beziehungen mit der Sowjetunion enger und herzlicher, als man es im Mai 1949 für möglich gehalten hätte. Für Deutschland und das Ausland sind das große Leistungen. Noch schwerer aber wiegt, daß das Leistungen einer noch jungen Demokratie sind — eines Volkes, das vor etwas mehr als 25 Jahren gewohnt war, nur das zu tun, was der Führer befahl.

INTERNATIONAL
Herald Tribune
Published with The New York Times and The Washington Post

Ein Problem, das gar nicht existiert

Paris, 3. 6. 1974 (C. L. Sulzberger): Die Führer von zwei der mächtigsten Staaten Westeuropas, Frankreich und Westdeutschland, verbrachten das Wochenende mit dem Versuch, die EG der Neun an die veränderte Situation anzupassen . . . Für Frankreich und Westdeutschland ist es durchaus üblich, bei solchen Bemühungen die Initiative zu ergreifen. Immerhin haben de Gaulle und Adenauer, die politischen Väter der heutigen Gesprächspartner, bereits dafür gesorgt, daß ein neues, konföderiertes Europa niemals anders als um eine Achse Paris-Bonn gebaut werden konnte.

England, die dritte europäische Macht, trat wegen ihrer dahinsiechenden transatlantischen Beziehungen erst spät der EG bei. Heute sind die transatlantischen Bindungen offensichtlich illusorisch, und man kann darauf vertrauen, daß — wenn es darauf ankommt — die Briten zur EG halten.

Man muß hoffen, daß die Stimulierung durch das Schmidt-Giscard-Programm das Vertrauen in diesen lebenswichtigen Teil der westlichen Welt wiederherstellen wird. Nur dann, als eine relativ geschlossene Einheit, kann „Europa“ mit den USA verhandeln und zu einer gemeinsamen westlichen Politik gelangen, die Verteidigungs-, Währungs-, Handels- und Energieprobleme abdeckt.

Das größte Problem zwischen Westeuropa und den USA ist heute die „Konsultation“. Das ist aber gar kein Problem, wenn es einsichtsvoll behandelt wird. Auf beiden Seiten des Atlantiks besteht eine fundamentale Übereinstimmung von Interessen, ein gemeinsamer Wunsch nach Sicherheit und „Détente“ sowie die Hoffnung auf eine Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung in einer Welt von Inflationen und Energiekrisen.

THE FINANCIAL TIMES

Herr Schmidt in Paris

London, 3.7.1974: Das Gipfeltreffen von Präsident Giscard und Bundeskanzler Schmidt war nur die erste, eingeständenermaßen aber eine der wichtigsten in einer Reihe weiterer Konferenzen in den nächsten Wochen . . . Kaum überraschen kann, daß sehr wenig von dem durchsickerte, was die beiden Staatsmänner tatsächlich besprachen. Sie führten jedoch offensichtlich umfassende Gespräche, da Herr Schmidt von Staatssekretären aus den Ministerien für Landwirtschaft und Finanzen begleitet wurde. Auf alle Fälle hält sich Herr Schmidt für fähig, mit allen europäischen Problemen, einschließlich der Verteidigung, fertig zu werden.

Eine Frage scheint jedoch, wenigstens vorübergehend, entschieden zu sein: Eine direkte deutsche Hilfe für Frankreichs Wirtschaft wird es nicht geben – nicht weil die Deutschen sie verweigerten, sondern weil die Franzosen sie nicht forderten. Außerdem äußerten die Franzosen, daß sie nicht zu protektionistischen Maßnahmen zurückkehren würden. Die Zukunft der französisch-deutschen Beziehungen wird deshalb weitgehend davon abhängen, wie die französische Wirtschaft auf die geplanten Maßnahmen reagiert. Wenn das Vertrauen des Präsidenten berechtigt ist, könnten die beiden Länder sehr wohl gemeinsam eine entscheidende Rolle für eine Wiederbelebung der Europäischen Gemeinschaft spielen.

Neuverhandlungen innerhalb der EG

London, 5.6.1974: Der Ton, den Mr. Callaghan gestern vor dem Ministerrat anschlug, stand in bemerkenswertem Gegensatz zu seiner ursprünglichen, arroganten Erklärung über das neue Aushandeln der britischen Beitrittsbedingungen. Natürlich hat sich vieles während der letzten Monate gewandelt. Deutschland und Frankreich haben neue Regierungen. Die Gefährdung des Zusammenhalts der EG durch die Erdölkrise ist durch Italiens Einführung von Importbeschränkungen noch ernster geworden. Das macht die Notwendigkeit einer internationalen Kooperation noch deutlicher. Und vielleicht

haben die USA klargestellt, daß sie es vorziehen würden, mit Großbritannien als einem aktiven Mitglied der Gemeinschaft zu tun zu haben . . . Mr. Callaghans Rede scheint den Eindruck zu bestätigen, daß seine Regierung jetzt dringend wünscht, die Bedingungen für die britische Mitgliedschaft lieber innerhalb der EG auszuhandeln als erfolglos mit dem Austritt zu drohen.

Le Nouvel Observateur

Die USA und Europa

Paris, 3.6.1974: Geschwächt durch Inflation, von Kissinger gescholten, halten sich die Neun nicht länger an die Regeln ihrer Gemeinschaft . . . Kissingers Bemerkung vor zwei Monaten über die „Illegitimität“ der meisten europäischen Regierungen war nicht so harmlos gemeint wie behauptet wurde. Wenn das mächtigste Land der Welt die Legitimität der alliierten Regierungen infrage stellt, wird es sich dann zu einer Intervention berechtigt fühlen, wenn es gilt, eines Tages seine eigene Konzeption von Legitimität durchzusetzen . . . Europa ist zu einer Versammlung „schwacher Staaten“ geworden, worauf James Schlesinger kürzlich hinwies. So schwach, daß man von ihr nicht die Verantwortlichkeit für ihre eigene Verteidigung erwarten kann. Amerika muß dafür sorgen – darüber bestehen keine Illusionen mehr. Das ist die eigentliche Botschaft des Pentagon.

The Economist

Ein Mann auf Reisen

London, 8.6.1974: Ein amerikanischer Präsident, der Kairo zum Hauptziel eines Auslandsbesuchs macht und sein herzlichstes Willkommen dort erwartet – was könnte unwahrscheinlicher, aber auch für ihn hilfreicher sein? . . . Skepsis und Mißbilligung begleiten diese Reise ebenso wie seinen Besuch der Sowjetunion Ende des Monats und die geplante Unterbrechung der Rückreise in Japan. Sind diese Reisen wirklich notwendig? Die Kritiker beklagen, daß sie nicht so sehr für die amerikanische Außenpolitik als für Mr. Nixons Verteidigung gegen das Impeachment nützlich sind.

Bedeutet das aber, daß durch die beiden Reisen, in den Nahen Osten und in die UdSSR, nichts erreicht werden kann? Durchaus nicht! Mr. Kissinger hat Erstaunliches geleistet, um die arabischen Regierungen davon zu überzeugen, daß die USA ihr Freund sein könnten. Aber das ist eine ganz neue und keineswegs bereits so alltägliche Entwicklung, als daß sie nicht durch den persönlichen Besuch des Präsidenten gefördert werden könnte.